

Hat die Projektarbeit noch eine Zukunft?
»Kontroversdiskussion« zur Zukunft der entwicklungspolitischen Engagements

im Haus unterm Regenbogen in Blaustein-Herrlingen am 4.11.2003
Lothar Heusohn

Ich bin heute Abend eingeladen als Vorsitzender des Städtepartnerschaftsvereins Ulm-Jinotega, also für einen Verein, der in geradezu »klassischer« Weise als ein Verein der Projekt-Arbeit verortet ist. Wir waren uns der Problematik einer solchen Verortung schon bei der Gründung des Vereins bewusst. Daher haben wir immer Wert darauf gelegt, dass wir mehr unternehmen wollten als pure »Projektelei«. Wir haben uns immer als politischer Verein verstanden, der Arbeit dort mit Arbeit hier verbindet. Ich brauche das wohl nicht viel weiter ausführen, weil ich das schon oft genug – gerade hier im Haus unterm Regenbogen – gesagt habe.

Als wir uns im Ulmer Lateinamerika-Komitee Mitte der 80er Jahre heftig mit der Lage in Mittelamerika auseinandergesetzt haben, hatten wir gerade die Zeit der ebenso heftigen Debatte um Sinn und Unsinn von Entwicklungshilfe. Brigitte Erler hatte ihren Bericht über die »Tödliche Hilfe« gerade vorgelegt, landauf landab wurde in den einschlägigen Kreisen darüber diskutiert.

Gleichzeitig gab es die Debatte um den – politisch motivierten – Stopp der westdeutschen Entwicklungshilfe für Nicaragua. Man war also gezwungen, sich zu definieren, Bedingungen und Strukturen klarzulegen für »sinnvolle« Hilfe bzw. für »tödliche« Hilfe.

Ali Schwarz und Manfred Ernst haben damals ein Buch unter dem Titel »Denn sie wissen was sie tun« veröffentlicht (1985), in dem sie die westdeutsche Position zu Nicaragua systematisch untersuchten. Ich möchte daraus eine Passage, die auch in unser heutiges Thema genau passt, zitieren:

»Betrachtet man die entwicklungspolitische Praxis der letzten Jahrzehnte, so ist Brigitte Erler generell zuzustimmen: Entwicklungshilfe ist schädlich, sie hat tatsächlich oft tödliche Konsequenzen. Die daraus gezogene Schlussfolgerung einer sofortigen Einstellung der Entwicklungshilfe ist ein in der kritischen Auseinandersetzung mit Entwicklungspolitik immer häufiger formulierter Standpunkt. Unsere Arbeitsergebnisse lassen uns jedoch zu einer anderen Einschätzung kommen: Entwicklungshilfe kann nur dann sinnvoll sein, wenn – wie in Nicaragua – die politischen Rahmenbedingungen für eine auf den Ressourcen des Landes aufbauende Entwicklung und einer tatsächlich praktizierten Grundbedürfnisstrategie vorhanden sind. Doch gerade solche Entwicklungen wie in Nicaragua werden zu blockieren versucht, weil sie der Logik weltweiter Abhängigkeitsstrukturen widersprechen«.

Wenn es also so ist, wie Schwarz und Ernst es beschreiben, dann war Entwicklungshilfe damals sinnvoll (gleichzeitig unterblieb sie aus politischen Gründen) und ist heute nicht sinnvoll (gleichzeitig wird sie – erneut aus politischen Gründen – betrieben).

Dies zeigt schon – keine besonders überraschende Erkenntnis –, dass Entwicklungshilfe weniger mit tatsächlich strategischen entwicklungspolitischen Überlegungen und Strategien zu tun als mit kurzfristigen politischen Positionen. Nicaragua war – und ist – ein prototypisches Beispiel für diese These.

Und dennoch leisten wir in Ulm und Herrlingen materielle Unterstützung für Projekte in diesem Land. Wir tun also Dinge, die wir »eigentlich« nach unserer grundsätzlichen Überzeugung nicht tun sollten. Ein Widerspruch, vielleicht auch nur eine Ungereimtheit, die allerdings auf die grundsätzlichen Problematik hinweist.

Einer, auf den man sich in diesem Jahr angesichts seines 100. Geburtstags besonders gut beziehen kann, Theodor W. Adorno hat in seiner »Minima moralia« den berühmten Satz geschrieben: »Es gibt kein richtiges Leben im falschen.« In gewisser Weise muss man das auch über die heutige Fragestellung schreiben.

Ich bin einmal vor einigen Jahren in einem Radio-Interview nach diesem Zusammenhang gefragt worden und ich habe mir meine damalige Antwort für den heutigen Abend noch einmal aufgeschrieben. Die Frage war, ob sich unter den heutigen Bedingungen überhaupt noch eine Arbeit fortsetzen ließe, die einmal unter ganz anderen Vorzeichen begonnen hatte und ganz andere Ziele anstrebte. Meine damalige Antwort lautete – und zu ihr kann ich im Prinzip noch immer stehen: *»Es ist natürlich völlig richtig, dass von dem, wofür wir einmal politisch an- und eingetreten sind, zumindest scheinbar nichts mehr übriggeblieben ist. Und ich will auch gar nicht ausschließen, dass eines Tages eine Situation kommen kann, in der auch ich sagen würde: Danke, das wars. Es war eine gute, eine wichtige Zeit, aber unter den gegebenen Bedingungen kann man die Ziele, für die man eingetreten ist und noch immer eintritt, nicht mehr umsetzen. Was möglich ist, ist allenfalls caritative Arbeit – und dies war nicht unser Sinn.*

Im Augenblick würde ich aber – und das durchaus nicht trotzig – sagen: Gerade wegen der geschilderten Veränderungen, dem sozial-ökonomischen und politischen Kahlschlag des neoliberalen Kurses in Nicaragua, scheint es wichtig weiter zu machen, Nicaragua, Jinotega jetzt nicht einfach fallenzulassen und zu einem neuen Betätigungsfeld der – sicherlich gut gemeinten, aber dennoch oft hilflosen – Solidarität überzugehen.

Mir scheint, dass die sozialen Menschenrechte, das Recht auf Bildung, Gesundheit, Arbeit und überhaupt ein menschengerechtes Dasein, ein Leben in Würde und Selbstbestimmung vielleicht noch einmal eine Chance erhalten können. Und sei es denn nur, dass in kleineren Projekten im wahrsten Sinne des Wortes »Basisarbeit« geleistet wird.«

Die Arbeit, die wir in Nicaragua unterstützen, halten wir aufgrund der konkreten Bedingungen vor Ort bei unserem Partner »La Cuculmeca« für politisch vertretbar und sinnvoll. Wer sonst wenn nicht wir (in Ulm, in Herrlingen, in Solingen, in Zoetermeer) sollte für das Überleben dieses Projektes sorgen. Wer sonst wenn nicht wir sollte dafür sorgen, dass ein Grundmaß an Bildung geleistet wird für Menschen, die ansonsten chancenlos wären, auch nur in die Nähe von Lesen- und Schreibenlernen zu kommen. Und dennoch bleibt auch diese – »eigentlich« – sinnvolle Arbeit widersprüchlich.

Herbert Löhr hat oft darauf hingewiesen, dass das »Recht auf Bildung« in der nicaraguanischen Verfassung verankert ist und dennoch staatlicherseits – zum Teil gefordert in den »Strukturanpassungsmaßnahmen« des IWF – immer mehr ausgehöhlt wird. Ein Projekt wie La Cuculmeca fördert einen solchen Prozess zumindest indirekt, denn er verlagert Bildung auf die private Initiative von auslandsgestützten NGOs. Ist das der richtige Weg? Welches »Geschäft« wird hier betrieben?

Aber: Wo ist die Alternative? »Es gibt kein richtiges Leben im falschen.« Weder Herbert noch ich werden heute Abend wahrscheinlich die Antworten auf die im Einladungsschreiben genannten Fragen geben können. Unser Handeln bleibt immer zum erheblichen Teil zweideutig und widersprüchlich.

Aber ich denke, ein paar Elemente für richtigeres Handeln kann man schon entwickeln. Und deshalb sind wir ja hier.

In welcher Welt leben wir eigentlich?

In Vorbereitung auf diesen Abend habe ich mir zunächst einmal mit ein paar Stichworten aufgeschrieben, in welcher Welt wir eigentlich derzeit leben, mit welchen Kräften wir es zu tun haben, um wenigstens grob ermessen zu können, wie sinnvoll unser Tun ist.

Zunächst scheint es mir tatsächlich so zu sein, wie es in der September-Ausgabe 2003 der »ila«, der Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, als Schwerpunktthema zu lesen war: Wir haben es mit einer Welt »out of control« zu tun.

Einerseits

Klassische Institutionen: IWF, Weltbank, OECD

Neuere Institutionen des Welthandels: WTO

Abkommen: GATS, TRIPS

Freihandelszonen: NAFTA, CAFTA, ALCA, um nur drei aus Amerika zu nennen

Da gibt es einen wirtschaftlichen (und politischen) Globalisierungsprozess, den man im politischen »mainstream« mit den Worten der ehemaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher »TINA« nennt: »There Is No Alternative.«

Andererseits

Da gibt es einen 56-jährigen Südkoreaner namens Lee Kyang Hä, der eindeutig nicht aus persönlicher Verzweiflung, sondern aus politischen Motiven heraus am 10. September 2003 vor den Augen von Demonstranten und Polizei auf einem Metallzaun vor der Hotelzone von Cancún in Mexico während der 5. Ministerkonferenz der WTO Selbstmord begeht, indem er sich ein Messer in den Körper stößt.

Dieser Lee Kyang Hä war nicht irgendein Lebensmüder, sondern Präsident des koreanischen Kleinbauernverbandes, sowohl von der FAO (UNO-Agrarorganisation) wie seiner eigenen Regierung ausgezeichnet wegen seiner landwirtschaftlichen Kenntnisse und Produktionsmethoden. »Die WTO bringt die Bauern um«, stand auf dem T-Shirt, mit dem er und weitere Mitglieder der 200-köpfigen Bauernabordnung aus Südkorea in Cancún auftraten.

Da gibt es Auflagenpakete des IWF – technokratisch »Strukturanpassungsmaßnahmen« genannt –, die durch die Dreifaltigkeit von »De-Regulierung, Liberalisierung und Privatisierung« im Vollzug Massenarbeitslosigkeit und – freundlich umschrieben – Massen-Perspektivlosigkeit (um nicht zu sagen: Massen-Elend) produzieren.

Da gibt es Regierungen wie die sog. »rot-grüne« in Deutschland, deren Kanzler davon spricht, dass keine »linke oder rechte Wirtschaftspolitik« betrieben werden könne, sondern nur eine »richtige oder falsche«. Und der als »richtig« apostrophiert, was wir derzeit in diesem unserem Lande erleben und was mit der Formel von der Agenda 2010 auf den Punkt gebracht wird.

Ich habe lange Zeit erhebliche Zweifel daran gehegt, dass Herbert Löhr wirklich Recht hat mit dem, was er schon einmal vor ein paar Jahren gesagt hat: Dass das, was sich in den Ländern der »Dritten Welt« abspielt, in gewisser Weise als Testfeld für die Entwicklungen bei uns in der »Ersten Welt« dient.

Ich muss bekennen, dass ich heute dieser These eine bestimmte Plausibilität nicht absprechen kann – wenn auch nicht im Sinne einer 1-zu-1-Übernahme. Aber so war Herberts These auch sicher nicht gemeint.

In welcher Welt leben wir eigentlich?

Vor etwa zwei Wochen hatte ich im Club Orange des Einstein Hauses der Ulmer Volkshochschule eine Veranstaltung über den »Sozialstaat BRD« – oder besser gesagt: über das, was von ihm noch übriggeblieben ist (oder am Ende der sog. »Reformenprozesses« noch übrigbleiben soll). In der Diskussion meldete sich ein älterer Mann zu Wort (wie sich dann herausstellte: bis zu seiner unlängst vollzogenen Verrentung Mitarbeiter bei EADS in Ulm), um so etwas wie ein Co-Referat zu halten.

Sein Beitrag drehte sich immer wieder um einen Punkt: Wir hier in der BRD hätten jahrelang – nein: jahrzehntelang – in einer »wohligen Idylle« hinter der Berliner Mauer und der verminten Grenze zum Osten gelebt, jetzt sei die »Wirklichkeit« aber auch bei uns angekommen. Und diese »Wirklichkeit« hieß in seinen Augen: Öffnung des Arbeitsmarktes hin zum Osten. Und zwar zum Osten im durchaus weiten oder fernen Sinn des Wortes.

Denn Maßstab der Arbeitsverhältnisse im Rahmen des weltweiten Wettlaufs um einen attraktiven Wirtschaftsstandort sollten die chinesischen Bedingungen in den sog. Sonderwirtschaftszonen sein. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Alles andere sei die Idylle von gestern ohne die Aussicht auf ein künftiges Morgen.

Ich kann »Sonderwirtschaftszonen« auch gegen »Maquila«-Bedingungen austauschen, um besser im Bild der Regionen zu bleiben, mit denen wir uns in Ulm und/oder Herrlingen vorrangig beschäftigen. Und er meinte damit bei weitem nicht, dass wir uns hier in der BRD dafür einsetzen sollten, damit sich dort – in Nicaragua, El Salvador, Guatemala, auf den Philippinen oder in der VR China – die Verhältnisse ändern sollten, sondern dass wir hier die Bedingungen tendenziell denen dort annähern sollten.

Ich glaube, dass diese Position, so minderheiten-artig sie an diesem Abend in der Vh daherkam, doch durchaus nicht so minoritär in der gesamten BRD ist wie wir das gerne hätten. Bei weitem nicht. Und durchaus nicht nur bei den Herren des Bundesverbandes der Deutschen Industrie oder des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Und vor diesem Hintergrund fragt uns – ich spitze es etwas polemisch zu –, da fragt uns eine Einladung des Hauses unterm Regenbogen in Blaustein-Herrlingen, ob wir als NGOs denn vielleicht eine Rolle als »Retter des Südens« einnehmen könnten?

Um es kurz zu machen: Meines Erachtens nein. Ich bin überzeugt davon, dass kein NGO-Projekt allein als NGO-Projekt diese Welt im nachhaltigen Sinne verändern kann und wird.

*»Viele kleine Leute
an vielen kleinen Orten,
die viele kleine Schritte tun,
können das Gesicht der Welt verändern.«*

Wir alle kennen wahrscheinlich dieses afrikanische Sprichwort, das man sich gerne auf Plakaten in Zimmer oder gegebenenfalls auch Küchen – als politische Erwachsenenbildner natürlich auch gerne in Büros – hängt und/oder auf Postkarten verschickt. Irgendwie hat dieser Spruch ja etwas ungemein Beruhigendes, etwas, was der Arbeit – auch unserer Arbeit – noch einen gewissen sinnstiftenden und sinnvollen Gehalt gibt.

Die vielen kleinen Orte – und vor allem die vielen kleinen Schritte – scheinen ja etwas zu sein, was dem heutigen Charakter von politischer Arbeit – zumindest in ihrer weithin praktizierten Form – viel mehr gerecht wird als die Orientierung der Arbeit an den »großen« Makro-Feldern der Politik.

Wenn dem so ist, dann kann der Begriff der »Zivilgesellschaft« nicht mehr weit sein. Denn dieser Begriff ist heute national wie international – ganz besonders auch in seiner »bürgergesellschaftlichen« Variante – zu einer der politischen Lieblingsvokabeln geworden. Allein die Internet-Eingabe in der google-Suchmaschine ergibt 40.400 Treffer aus Deutschland, über das gesamte Netz gestreut werden 82.500 Treffer angezeigt.

Im Mai war der Vorsitzende der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags über die »Globalisierung der Weltwirtschaft«, der SPD-Abgeordnete Ernst-Ulrich von Weizsäcker, an der Ulmer Volkshochschule zu Gast. Seine durchaus zutreffenden, höchst kritischen Einschätzungen des neoliberal globalisierten Zustands der heutigen Welt gipfelten in einer Art Total-Absage an deren soziale Gestaltbarkeit durch die parlamentarische politische Klasse. Sein Fazit: Parlamentarier sind ihrer alternativen Gestaltungsmöglichkeiten enthoben, »die Zivilgesellschaft« soll (und muss) es richten.

Dies scheint mir in höchstem Maße bemerkenswert zu sein: Es waren und sind Politiker – eben jene Politiker, die jetzt über ihre Zurückdrängung klagen –, die den neoliberalen (Globalisierungs-)Geist erst aus der Flasche ließen. Und es sind genau die, die ihn auch weiter in aller Überzeugung vor sich her treiben.

Während auf der einen Seite die Rio+10-Bilanz extrem ernüchternd ausfällt (wofür es politische Verantwortlichkeiten – und Verantwortliche – gibt), werden Lokale Agenda-Prozesse in sehr vielen Kommunen und Kreisen entwickelt und gepflegt.

Nichts gegen ökologisch engagierte Bürgerinnen und Bürger der Lokalen-Agenda-Zivilgesellschaft und ihre Streuobstwiesen-Terrains, aber mit der realen Veränderung der Welt haben diese »Runden Tische« – wenn überhaupt – nur marginal zu tun.

Dabei muss es in unseren Kreisen schon zu denken geben, wenn vor zwei Jahren (am 3. Juli 2001) die Meldung zu lesen war, dass ausgerechnet eine der Organisationen, die in zentraler Weise für das weltweite Freihandels-Regime mit seinen ungeheuer problematischen Folgen für die Mehrheit der Menschen auf dieser Welt verantwortlich zeichnet – die Welthandelsorganisation WTO nämlich – einen sog. »Dialog mit der Zivilgesellschaft« propagiert hat:

»Der Generaldirektor der WTO, Mike Moore, hat Experten mit Erfahrung im Bereich Handels- und Wirtschaftspolitik und verbundenen Fachgebieten eingeladen. Diese Personen sollen als außenstehende Experten die WTO bei den anstehenden Herausforderungen und Möglichkeiten beraten.«

Noch einmal polemisch zugespitzt: Wie so etwas aussehen könnte, haben Herbert und ich vor knapp zwei Jahren im Stuttgarter Schloss bei der Verleihung des ersten baden-württembergischen »Dritte-Welt-Preises« der SEZ miterleben dürfen. An diesem Abend ist mir endgültig klar geworden, für was ich nie stehen möchte: für ein Verständnis von »Entwicklungszusammenarbeit«, das man als »Projektarbeit pur« bezeichnen könnte. Viel Lob gab es – in Anführungszeichen – aus »berufenem Munde« – zum Beispiel dem des baden-württembergischen Wirtschaftsministers Walter Döring – für eine höchst »paternalistische« Arbeit, bei der die aufopferungsvollen Deutschen aus den »vielen kleinen Projekten« an den »vielen kleinen Orten« mit den »vielen kleinen Schritten« den dankbaren »vielen kleinen Leuten in der »Dritten Welt« zeigen, wo und wie es langgeht.

Eines scheint mir dabei sicher: Mit einem solchen Absatz von Arbeit wird man auch in Jahrzehnten noch Preisverleihungen dieser Arbeit vornehmen können, denn nichts, aber auch gar nichts wird sich bis dahin an den strukturellen Abhängigkeitsverhältnissen in den Ländern des Südens geändert haben.

Vor ein paar Wochen hatte ich den Anruf eines Mitarbeiters von »Misereor«, der auf einen Antrag des Städtepartnerschafts-Vereins zur Förderung eines weiteren Bauabschnitts des Bildungszentrums in Jinotega reagierte. Sein Credo: Baumaßnahmen wie die für das Bildungszentrum seien unsinnig, denn Bildungsarbeit müsse – so wörtlich – nicht in Räumen, sondern »draußen auf dem Feld« stattfinden.

Theodor W. Adorno hat in seiner »Minima moralia« den vorhin zitierten berühmten Satz geschrieben: »Es gibt kein richtiges Leben im falschen.«

Er hat aber auch noch andere Dinge gesagt, die zitiert zu werden lohnen. Ein Jahr vor seinem Tod, 1968, hat er zum Beispiel in einer ebenfalls legendären Einleitung zum 16. Deutschen Soziologentag in Frankfurt am Main geschrieben:

»Kein Standort außerhalb des Getriebes lässt sich mehr beziehen, von dem aus der Spuk mit Namen zu nennen wäre; nur an seiner eigenen Unstimmigkeit ist der Hebel anzusetzen. Das meinten Horkheimer und ich vor Jahrzehnten mit dem Begriff des technologischen Schleiers. Die falsche Identität zwischen der Einrichtung der Welt und ihren Bewohnern durch die totale Expansion der Technik läuft auf die Bestätigung der Produktionsverhältnisse hinaus, nach deren Nutznießer man mittlerweile fast ebenso vergeblich forscht, wie die Proletarier unsichtbar geworden sind. Die Verselbstständigung des Systems gegenüber allen, auch den Verfügenden, hat einen Grenzwert erreicht. Sie ist zu jener Fatalität geworden, die in der allgegenwärtigen, nach Freuds Wort, frei flutenden Angst ihren Ausdruck findet; frei flutend, weil sie an keine Lebendigen, an Personen nicht und nicht an Klassen, länger sich zu heften vermag. Verselbstständigt aber haben sich am Ende doch nur die unter den Produktionsverhältnissen vergrabenen Beziehungen zwischen Menschen. Deshalb bleibt die übermächtige Ordnung der Dinge zugleich ihre eigene Ideologie, virtuell ohnmächtig. So undurchdringlich der Bann, er ist nur Bann. Soll Soziologie, anstatt bloß Agenturen und Interessen willkommene Informationen zu liefern, etwas von dem erfüllen, um dessentwillen sie einmal konzipiert ward, so ist es an ihr..., das Ihre, sei's noch so Bescheidene, beizutragen, dass der Bann sich löse.«

»Man muss diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt«, schrieb einmal ein bekannter deutscher Ökonom des 19. Jahrhunderts und schrieb »Das Kapital«.

Wenn das richtig ist – und ich glaube: es ist richtig –, dann ist das, was wir zu tun haben, mindestens zweierlei:

1. Wir haben unsere Projektarbeit genauestens zu befragen. Um nur einige Fragen zu nennen:
In welchem Vor-Ort-Kontext ist sie eingebunden?
Wie solide sind die Projektpartner dort?
Wie resonanzfähig ist die Arbeit hier?
Wie »exemplarisch« für den (politischen) Gesamtzusammenhang ist die konkrete Arbeit dort?
2. Vor dem Hintergrund neoliberaler Welt-Verhältnisse mit ihren Konsequenzen bis in die lokalen Zusammenhänge hinein scheint mir – um es mit Jean Ziegler zu sagen – eine Pointierung geboten: Wir, die Menschen, die diesen Verhältnissen sprichwörtlich unterworfen sind, brauchen kollektives Wissen, Gegenwissen, kritisches Wissen, Wissen also, das man den herrschenden Verhältnissen entgegenstellen kann.

Es bedarf also meines Erachtens einer Art von »Doppelstrategie«.

Einerseits kann es unter gewissen Umständen richtig sein (siehe oben), sich zum Beispiel in Prozesse von »Lokaler Agenda« und von lokaler »Entwicklungshilfe« einzulassen.

Aber andererseits reicht das nicht aus, um unsere politische Arbeit im halbwegs emanzipatorischen Sinne wirksam werden zu lassen. Wir haben uns daher genau mit den Prozessen, die der »Zivilisierung« neoliberal globalisierter Verhältnisse entgegenstehen, auseinanderzusetzen.

Dabei geht es im Kern um Fragen nach Macht, Herrschaft, Öffentlichkeit, Interessen und Legitimation.

Wenn die Zeichen so eindeutig und nahezu ausschließlich wie derzeit auf Ökonomisierung, Standortsicherung, Globalisierung, Flexibilität und Effizienzsteigerung stehen, dann bedarf es – bei aller vorhin schon genannten Vorsicht bezüglich der tatsächlichen Tragweite unserer Bemühungen –, dann bedarf es Institutionen, die versuchen, kritisch zu korrigieren und gegenzusteuern.

Wir alle in der sog. »Dritte-Welt-Arbeit« wissen es: Die Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft sind für jedes Land der südlichen Hemisphäre bedeutender als jede Projektpatenschaft, Hungerhilfe oder auch Waffenspende. Sie sind – wenn überhaupt – nur veränderbar, wenn die Dritte-Welt-Bewegung – oder was von ihr noch übriggeblieben ist – sich nicht isoliert, sondern im Bündnis mit anderen politischen Kräften in dieser Gesellschaft zu einer breiteren politischen Mobilisierung beiträgt. Ein Anfang scheint mir da mit Bewegungen wie »Attac« immerhin schon gemacht.

Es gilt also, nicht bei der ausschließlich vor Ort in den »fernen Ländern« geleisteten Arbeit stehenzubleiben, sondern die Zustände und Verhältnisse hier bei uns in zentraler Weise zum Gegenstand der politischen Arbeit und der Veränderung zu machen.

In diesem Sinne zum Abschluss eine Stimme aus der »Dritten Welt«, die Stimme des brasilianischen Ökologen José Lutzenberger. Er schreibt:

»Wenn ich in der Bundesrepublik wäre, dann würde ich mich nicht für Amazonien interessieren, ich würde mich für die Bundesrepublik interessieren. Dort ist doch alles falsch. Und was hier im Amazonas geschieht, ist doch nur ein Reflex von dem. Dass wir hier ganze Berge abbauen in Carajas, Millionen Hektar Urwald zu Holzkohle machen, um auch billige Eisenerze zu verkaufen, dass wir 2.000 Quadratkilometer Regenwald mit Riesenstaudämmen überfluten, das brasilianische Volk mit sechs Milliarden Dollar verschulden – dann diesen Strom unter Gestehungskosten an große multinationale Aluminiumhütten geben, damit die billiges Aluminium exportieren können, damit ihr drüben Bier und Coca-Cola in Aluminiumbüchsen saufen könnt, die sofort auf der Müllhalde landen.

Mein Appell an die europäische Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen: Ihr müsst erst eure Welt in Ordnung bringen!«

Nun gibt es gibt allerdings auch bei uns viele, die sich dafür entschuldigen, geglaubt zu haben, dass der Himmel erobert werden könnte, und es gibt viele, die sich alle Mühe geben, ihre Spuren zu verwischen und von der Hoffnung herunterzusteigen, ganz so als sei diese Hoffnung ein klappriges Gespenst.

Aber – trotz alledem: Halten wir uns doch einfach an den unbekanntem Autor einer Inschrift irgendwo in Bogotá, wenn er an einer Hauswand meint: »*Bewahren wir uns den Pessimismus für bessere Zeiten*«.